

► Allgemeines

Spenden für Erdbebenopfer in Pakistan. In Deutschland wurden bereits 80 Mio. Euro für die Opfer der Erdbebenkatastrophe vom 8. Oktober 2005 in Pakistan und Indien gespendet. Das ergab eine aktuelle Umfrage des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen/DZI bei insgesamt 26 Hilfswerken, die bundesweit zu Spenden für die betroffene Region aufrufen. „Dieser Zwischenstand bezeugt eine erfreulich große Spendenbereitschaft für die Opfer des verheerenden Erdbebens. Alle beteiligten deutschen Hilfswerke weisen aber darauf hin, dass sie dringend weiteres Geld benötigen, um das Überleben möglichst vieler obdachlos gewordenen Menschen unter den sehr schwierigen winterlichen Bedingungen zu sichern“, sagte DZI-Geschäftsführer Burkhard Wilke. Um das Spenden zu erleichtern, hat das DZI ein „Spenden-Info Erdbeben Pakistan/Indien“ erarbeitet, das neben konkreten Spendentipps auch die Namen und Kontoverbindungen zahlreicher Hilfsorganisationen enthält, die das DZI Spenden-Siegel als Zeichen besonderer Förderungswürdigkeit tragen. Das Spenden-Info ist auf der Website des DZI (www.dzi.de) abrufbar oder kann schriftlich beim Institut bestellt werden. Schriftlichen Anfragen an das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen sollten drei Briefmarken zu 55 Cent beigegefügt werden. Adresse: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin. *Quelle: Pressemitteilung des DZI vom 25. Januar 2006*

Ehrenamt ... aber sicher! Versichert in der ehrenamtlichen Arbeit in Kirche und Caritas im Erzbistum Köln. Hrsg. Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. Eigenverlag. Köln 2005, 76 S., Rückumschlag mit 85 Cent *DZI-D-7455*

In Kirche und Caritas engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich. Ein angemessener Versicherungsschutz gehört zu den wichtigsten Rahmenbedingungen für ihr Engagement. Diese Broschüre gibt einen Überblick über die Bestimmungen der Unfall- und Haftpflichtversicherung für Ehrenamtliche in diesen Institutionen. Sie richtet sich an die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kirchenvorstände sowie Träger und Leitende karitativer Dienste und Einrichtungen im Erzbistum Köln. Bestellanschrift: Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V., Abt. Freiwilligenarbeit und Gemeindec Caritas, Tel.: 0221/20 10-232, Fax: 02 21/20 10-391
E-Mail: Bernhard.Suda@caritasnet.de

Anstieg des Arbeitskräftepotenzials bis 2020 in Großbritannien. Das britische Statistikamt (Office for National Statistics – ONS) hat neue Prognosen darüber veröffentlicht, wie sich die demographische Entwicklung auf das Arbeitskräftepotenzial in Großbritannien bis zum Jahr 2020 auswirken wird. Die folgenreichste demographische Veränderung wird die Zunahme älterer Menschen sein. So wird sich der Anteil der ab 50-Jährigen um 23,5 % erhöhen; der Anteil der 16- bis 24-Jährigen wird dagegen um

4,9 % abnehmen. Die „old-age dependency ratio“, das heißt, das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 16- bis 64-Jährigen wird sich von 23,8 % auf 29,7 % vergrößern. Das britische Arbeitskräftepotenzial wird von 30,1 Mio. im Jahre 2005 auf 32,1 Mio. im Jahre 2020 anwachsen. Dies entspricht einer Zunahme von 6,7 %, wobei sich das Wachstum zunehmend abschwächen und zwischen 2016 und 2020 nur noch 0,26 % betragen wird. Zwischen 2006 und 2015 wird die Zunahme des Arbeitskräftepotenzials vor allem eine Folge einer sich verändernden Altersstruktur sein, einer starken Abnahme der unter 16-jährigen bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils der über 16-jährigen Bevölkerung. Ab 2016 hingegen wird erwartet, dass der Anstieg des Arbeitskräftepotenzials in erster Linie auf einem wachsenden Anteil der Erwerbspersonen beruhen wird, also immer mehr Menschen über 16 Jahre wirtschaftlich aktiv sein werden. So wird sich der Anteil der Menschen im Rentenalter, die wirtschaftlich aktiv sind, zwischen 2005 und 2020 um 33 % von 582 000 auf 775 000 erhöhen. Die Erwerbsquote wird im gleichen Zeitraum von 78,5 % auf 79,8 % steigen, wenn berücksichtigt wird, dass sich bis 2020 das Rentenalter für Frauen von jetzt 60 auf 65 Jahre erhöhen wird. Die Erwerbsquote von Männern wird leicht von 83,4 % auf 83,2 % fallen. Damit setzt sich bei den Männern, wenn auch in abgeschwächter Form, der negative Beschäftigungstrend seit den 1980er-Jahren fort, der größtenteils die Folge einer Abnahme industrieller und gering qualifizierter Arbeitsplätze ist. Gleichzeitig wird bei den Frauen eine Steigerung von 69,9 % auf 73,1 % erwartet. *Quelle: Britische Botschaft Berlin, Jan. 2006*

► Soziales

Kostenfreie Benutzung von Bibliotheken. Künftig sollen Berlinerinnen und Berliner, die von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Grundsicherung leben müssen, die öffentlichen Bibliotheken des Landes kostenfrei nutzen können. Bisher musste für den Bibliotheksausweis ein Jahresbeitrag von fünf Euro entrichtet werden. Die neuen Benutzungsbedingungen treten voraussichtlich im Frühjahr 2006 in Kraft. Als Nachweis für den Anspruch auf die kostenfreie Nutzung gelten entsprechende Leistungsbescheide oder die Kundenkarte/Berlin.Ticket.S der BVG. Das Berlin.Ticket.S ist unentgeltlich bei den Leistungsstellen wie JobCenter, Sozialamt und Grundsicherungsamt erhältlich. Es berechtigt zum Erwerb des Sozialtickets der BVG und die darüber hinaus an mittlerweile 20 Berliner Theaterbühnen und Kultureinrichtungen als Nachweis zum Erwerb eines ermäßigten 3-Euro-Tickets für nicht verkaufte Karten an der Abendkasse. *Quelle: Newsletter des Verlags Dashöfer vom Januar 2006*

Niedriglöhne. Nach einer Studie des Instituts für Arbeit und Technik erhalten knapp 6,9 Mio. Beschäftigte Niedrigeinkommen. Davon betroffen sind 21,9 % der westdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und 23 % in Ostdeutschland. Damit erhalten weitaus mehr Menschen „Armutslohne“ als die aktuelle politische Diskussion wahrhaben will. Auf der Basis des „Sozioökonomischen Panels“ ermittelte das Institut für Westdeutschland eine Niedriglohngrenze von 9,58 Euro pro Stunde und für Ostdeutschland von 6,97 Euro. Unter den Betroffenen befinden sich besonders viele Arbeitskräfte, die geringfügig beschäftigt

sind (78,9 %), Menschen ohne Berufsausbildung (47,2 %) und Frauen (30,2 %). Besonders erschreckend: 43 % arbeiten Vollzeit, zwei Drittel haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. *Quelle: SoVD Zeitung 2.2006*

Versicherung für Blut Spendende. Besonders in Ferienzeiten kommt es immer wieder zu Engpässen bei der Versorgung von Verletzten mit Blutkonserven. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und andere Institutionen rufen dann die Bevölkerung zur Blutspende auf. Doch inwieweit sind Blut Spendende versichert? Der Gesetzgeber sieht die Spenderinnen und Spender, die sich damit für die Allgemeinheit einsetzen, als besonders schutzwürdig an und stellt sie unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Grundsätzlich sind das Spenden von Blut sowie eine mögliche Infektion und Erkrankung in Zusammenhang mit der Blutspende versichert. Die Zuständigkeit der Unfallversicherungsträger richtet sich in der Regel nach dem Unternehmen, das die Blutabnahme durchführt. Für private Blutspendedienste, wie zum Beispiel Blutbanken, ist die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege zuständig, da es sich um Einrichtungen des Gesundheitsdienstes handelt. *Quelle: Mittelungen, das Magazin des BGW für Arbeits- und Gesundheitsschutz 1.2006*

Arbeitgeberbeiträge für geringfügig Beschäftigte verfassungsgemäß. Geringfügige Beschäftigungen sind in der Sozialversicherung in der Regel versicherungsfrei. Arbeitgeber dieser geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen in der gesetzlichen Krankenversicherung seit dem 1. April 1999 einen Pauschalbeitrag in Höhe von 10 % des Arbeitsentgelts. Voraussetzung ist, dass die Arbeitnehmer und -nehmerinnen bei einem Träger der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind. Dies ist unter anderem bei Familienversicherten und bei freiwillig Krankenversicherten der Fall. Im vorliegenden Fall, der vor dem Bundessozialgericht verhandelt wurde, bezieht ein Arbeitnehmer aus einer Hauptbeschäftigung ein Entgelt oberhalb der Pflichtversicherungsgrenze. Er ist damit schon deshalb auch in seiner hier in Frage stehenden weiteren Beschäftigung versicherungsfrei. Hierbei bliebe es damit auch, wenn in der weiteren Beschäftigung die Geringfügigkeitsgrenzen überschritten würden. Die klagende Arbeitgeberin beruft sich unter diesen Umständen darauf, dass sie zu Unrecht mit den Arbeitgebern solcher Arbeitnehmenden gleich behandelt wird, bei denen das Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze zur Versicherungspflicht führt. Die Klägerin ist vor dem Sozialgericht und vor dem Landessozialgericht erfolglos geblieben. Der Senat hat die Revision der Klägerin in der Sitzung am 25. Januar 2006 zurückgewiesen. Die gesetzliche Regelung, nach der der Pauschalbeitrag für alle versicherungsfreien geringfügigen Beschäftigungen erhoben wird, ist verfassungsgemäß. Der Gesetzgeber musste für die Beitrags-erhebung nicht danach unterscheiden, ob die Beschäftigung neben der Versicherungsfreiheit wegen Geringfügigkeit auch aus anderen Gründen versicherungsfrei ist. Es ist für die Beitragspflicht im hier entschiedenen Fall daher unerheblich, dass der geringfügig Beschäftigte schon in seiner Hauptbeschäftigung versicherungsfrei ist. Az.: B 12 KR 27/04 R. *Quelle: Medien-Information 3.06 des Bundessozialgerichts*

Caritasverband Leverkusen e.V.



Stellenausschreibung

Der Caritasverband Leverkusen e.V. ist Anbieter vielfältiger Dienstleistungen für Menschen in besonderen Lebenslagen und arbeitet konsequent an der Weiterentwicklung seiner Dienstleistungen.

Im Fachdienst für Kinder, Jugendliche und Familien ist der Caritasverband Leverkusen e.V. unter anderem tätig im Bereich der Sozialpädagogischen Familienhilfe, des Begleiteten Umgangs, der Projektarbeit im Rahmen der Sozialraumorientierung sowie in Kindertageseinrichtungen. Neu hinzugekommen ist die Förderung und Begleitung von Kindern und Eltern in Offenen Ganztags-schulen.

Für die Weiterentwicklung und Vernetzung vorhandener Angebote sowie für die Konzeption und Steuerung der Umsetzung neuer Ansätze und Dienstleistungen suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens zum 01.07.2006, die

Leitung des Fachdienstes für Kinder, Jugendliche und Familien.

Wir wünschen uns eine fachlich versierte und erfahrene Führungspersönlichkeit mit pädagogischen und sozialen Kompetenzen, der Fähigkeit zu perspektivischem Denken und innovativer Kraft, die auf der Basis eines christlichen Selbstverständnisses die Weiterentwicklung des Fachdienstes zu steuern weiß.

Ihre vollständige Bewerbung richten Sie bitte an den

Caritasverband Leverkusen e.V.
Bergische Landstraße 80
51375 Leverkusen
www.caritas-leverkusen.de

► Gesundheit

Erstes türkisches Pflegeheim will Ende 2006 eröffnen. Die Marseille Kliniken AG und die Türkische Gemeinde Berlin (TGB) wollen bis Ende 2006 in Berlin-Kreuzberg die erste türkische Pflegeeinrichtung Deutschlands eröffnen. Das Heim soll 171 Betten haben. Die Investitionskosten bezifferten die Partner mit rund fünf Mio. Euro. Die TGB gründet derzeit ein eigenes Versorgungswerk, das zu 20 % an der Einrichtung beteiligt wird. Bei dem Pflegekonzept sollen die kulturellen und ethnischen Besonderheiten der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wie Religionsausübung, Körperpflege oder Ernährungsgewohnheiten berücksichtigt werden. Dass kultursensible Pflege in Zukunft immer wichtiger wird, zeigen nicht nur die Zahlen des Statistischen Bundesamtes: Danach leben heute rund 500 000 Ausländer und Ausländerinnen im Alter von 65 Jahren aufwärts in Deutschland. Verdeutlicht wird dies auch durch die Kampagne für kultursensible Altenhilfe, an der sich mehr als 150 Verbände und Institutionen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz beteiligt haben. *Quelle: Redaktion FORUM SOZIALSTATION 3/2006*

Forschungsförderung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft vergibt im Jahr 2006 zum vierten Mal eine Förderung für Forschungsprojekte. Personen oder Institutionen, die Forschungsprojekte durchführen beziehungsweise diese beginnen wollen, deren Ergebnisse zur Verbesserung von Therapie und Versorgung von Demenzkranken und ihren Angehörigen erkennbar beitragen, können sich um eine Förderung bewerben und bis zum 31. Mai 2006 Anträge einreichen. Der fachliche Beirat der Deutschen Alzheimer Gesellschaft wird die Beiträge bewerten, über die dann der Vorstand entscheidet. Maximal werden 25 000 Euro vergeben. Die Bewerbungsunterlagen sind erhältlich bei der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V., Friedrichstr. 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/259 37 95-0, Fax: 030/259 37 95, E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vom Januar 2006*

Praxisgebühr. Die Einnahmen durch die Praxisgebühr in Deutschland sind im Jahr 2005 wegen zurückgehender Arztbesuche und Zuzahlungsbefreiungen auf 1,68 Mill. Euro gesunken. Danach hat jede gesetzlich krankenversicherte Person nach Angaben der Kassenärztlichen Bundesvereinigung im Durchschnitt 23,14 Euro bezahlt. 2004 betragen die Einnahmen aus der Praxisgebühr noch 1,72 Mill. Euro. Die Zahl der Praxisbesuche ging vom 1. Januar 2004 bis zum 30. September 2005 um 10,1 % zurück. *Quelle: Das freie Medikament 1.2006*

Wenn das Altwerden zur Last wird. Suizidprävention im Alter. Hrsg. Arbeitsgruppe Alte Menschen im Nationalen Suizidpräventionsprogramm für Deutschland. Selbstverlag. ohne Ort 2005, 27 S., kostenfrei *DZI-D-7375* Selbststütungen stellen ein großes gesundheitspolitisches und individuelles Problem dar. Die Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention – Hilfe in Lebenskrisen ergriff im Jahr 2002 die Initiative für ein Nationales Suizidpräventionsprogramm für Deutschland. Dieser Initiative haben sich inzwischen mehr als 80 Organisationen, Verbände und Institutionen in Deutschland angeschlossen. Alte Menschen sind besonders suizidgefährdet. Ihre Lebenssituation kann

sich durch körperliche und seelische Belastungen so verschlechtern, dass sie nicht mehr weiterleben wollen. Die Öffentlichkeit nimmt wenig Notiz davon. Es wird leicht übersehen, dass auch im Alter Prävention, Krisenhilfe, Therapie und Leidensminderung möglich sind. Die Herausgebenden setzen sich zum Ziel, mit dieser Informationsschrift über Gründe und Anzeichen der Suizidgefährdung im Alter aufzuklären. Sie zeigt Hilfen auf, die suizidalen Entwicklungen vorbeugen. Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 88/80 80 800, Fax: 018 88/10 80 80 800 E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Preis für Kampf gegen HIV und Aids. Das Robert-Koch-Institut rechnete in den Vorjahren jeweils mit 2 000 HIV-Neuinfektionen, im Jahr 2005 war diese Zahl auf 2 600 angestiegen. Dies entspricht einer Erhöhung um 30 %. Es scheint die Angst vor der Krankheit scheint nachgelassen zu haben, denn die Partnerkontakte nehmen zu, jedoch der Kondomgebrauch ab. Um eine Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren, stiftet die Staatsministerin für Soziales von Sachsen einen Preis für herausragende Leistungen im Kampf gegen HIV und Aids. Ausgezeichnet werden können Einzelne, Vereine oder Projekte, die auf dem Gebiet der Prävention und Betreuung vorbildlich aktiv sind. Vorschläge für den Preis nimmt das Gesundheitsministerium von den Aids-Hilfen, den Gesundheitsämtern und Betroffenen entgegen. Die Preisverleihung wird erstmalig im Jahr 2007 erfolgen. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums 13/2006*

► Jugend und Familie

Wie werden Deutsche wieder Bildungsweltmeister? Pisa-Diskussion, Elitehochschulen, Braindrain in Wirtschaft und Wissenschaft? Diese Diskussionen beherrschen derzeit den Bereich der Bildung. Fachleute werden befragt, Studien durchgeführt und Maßnahmen ergriffen, um Deutschlands Schulen im internationalen Vergleich wieder weiter vorn zu positionieren. Aber was sagen die Schülerinnen und Schüler dazu? In einer Umfrage von e-Juniors.net kamen sie zu Wort. Es gaben Lernende der Sekundarstufe II Auskunft, die sich im August 2005 für das Bildungsstipendium e-Juniors.net beworben haben. Deutlich wird dabei, dass die Ursachen für die derzeitige Lage nicht einseitig zum Beispiel bei den Lehrkräften gesucht werden, sondern das Bildungssystem als Ganzes kritisiert wird. Auch wird ein mentaler Wandel hinsichtlich des Bildungsbewusstseins gefordert und mehr Verantwortung für die Schülerinnen und Schüler selbst verlangt. *Quelle: Information von Junior Web Academy, Saarbrücken*

Frauen bekommen viele Kinder. Eine aktuelle Studie des Max-Planck-Instituts für demographische Forschung ergab, dass 26 % der 1960 geborenen Frauen in Deutschland die Hälfte aller von Frauen dieses Jahrgangs zur Welt gebrachten Kinder haben. Das bedeutet: Im europäischen Vergleich sind die Kinderzahlen in Deutschland ungleich verteilt. Immer weniger Frauen bekommen durchschnittlich immer mehr Kinder. Diese Information ist insofern interessant, da sie Auswirkungen auf die Sozialstruktur hat. Geht man davon aus, dass die Familien mit mehreren Kindern zum einen ein höheres Armutsrisiko haben und zum anderen durchschnittlich nicht die höchsten Einkommen

erzielen, führt die Ungleichverteilung der Kinderzahlen in einem Geburtsjahrgang zu deutlichen Unterschieden im Pro-Kopf-Einkommen. Die Familienlasten werden auf immer weniger Schultern verteilt. Es ist daher dringend geboten, eine konsequente und treffsichere finanzielle Sicherung für Familien, wie die Kindergrundsicherung, zu schaffen. *Quelle: Information für Einelternfamilien des Verbandes allein erziehender Mütter und Väter 1.2006*

leben lernen. Dokumentation des 12. Deutschen Jugendhilfetages. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe. Selbstverlag. Berlin 2004, 150 S. + DVD, keine Preisangabe *DZI-D-7362*

Der Jugendhilfetag 2004 setzte mit dem Motto „leben lernen“ und den vier Themenschwerpunkten „Kultur und Kulturen des Aufwachsens“, „Bildung als Lebensaufgabe“, „Jung sein in einer alternden Gesellschaft“ und „Soziale Gerechtigkeit ist kein Luxus“ Akzente, wie die Lebenslagen junger Menschen heute zu bewerten sowie die Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe weiterzuentwickeln sind. Damit stellte er sich den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und mischte sich aktiv in die Debatte um kinder- und jugendpolitische Fragen ein. Die Beiträge und Diskussionen sind in diesem Band dokumentiert. Bestellschrift: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-200, Fax: 030/400 40-232 E-Mail: agj@agj.de

Mangelnde Integrationsbemühungen. Die Zustimmung zu Macho-Sprüchen steht unter den Gewalt fördernden Faktoren an erster Stelle. Zu diesem Ergebnis kommt der Kriminologe Christian Pfeiffer in einer Befragung von 5 800 Schülern und Schülerinnen. Die Jugendlichen wurden mit Aussagen konfrontiert wie „Ein Mann darf seine Frau schlagen, wenn sie ihn betrügt“ oder „Als Vater ist der Mann das Oberhaupt der Familie und darf sich notfalls auch mit Gewalt durchsetzen“. Männliche Jugendliche, die solchen Sprüchen zustimmen, sind nach Pfeiffer um 20 Mal häufiger in der Gruppe gewalttätiger Mehrfachtäter zu finden als jene, die solche Normen ablehnen. Nach den auf einer Tagung präsentierten Untersuchungsergebnissen gibt es erhebliche Unterschiede je nach ethnischer Zugehörigkeit der Befragten. So liege die Zustimmungsquote zu diesen so genannten „Gewalt legitimierenden Männlichkeitsformen“ unter männlichen deutschen Jugendlichen bei lediglich 4 %, bei türkischen dagegen bei fast 25 %. Auch bei anderen Gewalt fördernden Faktoren schneiden die ausländischen Jugendlichen schlechter ab. Dies gelte etwa für den Umgang mit elektronischen Medien, den Pfeiffer grundsätzlich für schädlich für die Persönlichkeitsentwicklung hält, dem sich aber Ausländerkinder seinen Erkenntnissen nach weit stärker aussetzen. Insgesamt sieht der Kriminologe einen leichten Rückgang bei der Gewalttätigkeit Jugendlicher – und zwar in fast allen ethnischen Gruppen. So sei die Gewaltauffälligkeit unter türkischen Jugendlichen um 3,5 % gesunken, ebenso bei den Aussiedlern aus Russland. Lediglich unter den osteuropäischen Jugendlichen gäbe es einen leichten Anstieg. In den Schulen sei seit 1997 bei den Raufdelikten ein Rückgang um 27 %, bei den Körperverletzungen mit Knochenbrüchen sogar um 37 % zu verzeichnen. *Quelle: Pressemitteilung der Ev. Akademie Bad Boll vom Januar 2006*

► Ausbildung und Beruf

Verleihung der Ehrendoktorwürde an C. Wolfgang Müller. In einem Festakt wurde Professor Dr. C.W. Müller am 2. Februar 2006 vom Fachbereich Erziehungswissenschaft/Psychologie der Universität Siegen die Ehrendoktorwürde in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Sozialpädagogik, insbesondere um die Wiedergewinnung ihrer Geschichte und die Fundierung ihrer Bedeutung für Politik und Praxis verliehen. Zur Begründung hieß es: Unter den Persönlichkeiten, denen die deutsche universitäre Sozialpädagogik (vom Beginn ihres Wiederaufbaus in den 1970er-Jahren an) eine kritische historische Verankerung, ein souveränes wissenschaftliches Profil, eine sozialpolitische Fundierung und die allseitige Öffnung gegenüber den internationalen Diskursen verdankt, ist an allererster Stelle C. Wolfgang Müller zu nennen. Er hat es geschafft, die in der Zeit des Nationalsozialismus untergegangene Disziplin „Sozialpädagogik“, die sich in den 1920er-Jahren im Kontrast zur defizitorientierten Fürsorgewissenschaft an den Universitäten herausgebildet hatte, wieder zu erwecken – und er hat wesentlich dazu beigetragen, diese im Zuge der Reformen der 1970er-Jahre als eine „neue“, überaus erfolgreiche Studienrichtung im Rahmen der Erziehungswissenschaften zu etablieren. Mit den historischen sozialpädagogischen Ansätzen hat er seine in der Vereinigten Staaten erworbenen Kenntnisse der Theorie und Methoden des Social Work verbunden und daraus eine Reihe von richtungsweisenden Ansätzen der sozialen Projektarbeit, der Gemeinwesenarbeit und der Organisationsentwicklung generiert. Davon zeugt eine Fülle von Publikationen, die zur Standardliteratur der Ausbildung geworden sind. C. Wolfgang Müller ist bis heute ein großer Innovator, Lehrer und Interpret, der es auf einzigartige Weise versteht, Theorie, Praxis und Politik als eine große Einheit zu denken, welche die Grundlage dafür bietet, die Lehren der Geschichte zu nutzen, die Gegenwart zu begreifen und die Zukunft zu gestalten. *Sabine Hering*

Biographieorientierte Fallberatende. Die Dimension Biographie gewinnt in den Arbeitsfeldern Soziale Arbeit, Pflege, psychosoziale Hilfen und Beratung an Relevanz. Die praktische Notwendigkeit biographischer Fallanalysen im Berufsfeld besteht darin, dass sich das Wissen um lebenslange Aneignungsprozesse und subjektive Deutungsmuster auf Seiten der Klientel als wichtige Erkenntnisquelle für das professionelle Alltagshandeln erweisen kann. Ab April 2006 bietet die Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin (ASFH) zu diesem Thema eine Zusatzqualifikation an. Informationen: ASFH, Zentrum für Weiterbildung, Hochschuldidaktik und Berufsfeldforschung, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Tel.: 030/992 45-353, Fax: 030/922 45-245, E-Mail: goedel@verwaltung.asfh-berlin.de

Schulsozialarbeit professionalisieren. Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit, dem neben der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Jugendsozialarbeit Vertretende von Arbeiterwohlfahrt, BAG Evangelische Jugendsozialarbeit, Deutschem Roten Kreuz, GEW-Hauptvorstand, In Via Katholische Mädchensozialarbeit und Internationalem Bund angehören, hat ein Berufsbild sowie ein Anforderungsprofil der Schulsozialarbeit konzipiert. Eine Fachveranstaltung im Dezember 2004 diente dem Kooperationsverbund als Auftakt, diese für die Schulsozialarbeit zu ent-

wickeln, welche nunmehr veröffentlicht werden und unter anderem unter www.bag-jugend-sozialarbeit.de zur Verfügung stehen. Im Rahmen einer Tagung am 23. und 24. März 2006 in Berlin wird das Anforderungsprofil mit Lehrenden an Hochschulen, Verantwortlichen für Bildung in Politik und Verwaltung sowie Trägervertretenden diskutiert und es sollen Möglichkeiten erörtert werden, wie es in der Hochschulausbildung der Fachkräfte für Soziale Arbeit umzusetzen ist. Information: BAG Jugendsozialarbeit, Hohe Straße 73, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/959 68-17, Fax: 02 28/ 959 68-30
E-Mail: presse@bag-jugendsozialarbeit.de

Ethische Grundlagen und Qualifikationen beruflichen Handelns von Heilpädagogen in Europa. Glossar. Hrsg. Berufsverband der Heilpädagogen (BHP) e.V. Eigenverlag. Berlin 2005, 182 S., EUR 12,80 *DZI-D-7478*
Im Rahmen eines von der Europäischen Union geförderten Projektes zu dem Thema haben Vertretende aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Deutschland dieses Glossar zusammengestellt. Es vermittelt einen Überblick über das fachliche Vokabular für heilpädagogisches Handeln. Die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer hatten im Rahmen von mehrmaligen Begegnungen die Möglichkeit, die Hilfesysteme, Ausbildungsmöglichkeiten und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen kennen zu lernen. Darüber hinaus wurden die ethischen Grundlagen heilpädagogischer Tätigkeit und deren Verankerung in den genannten Systemen diskutiert. Das Projekt hat dazu beigetragen, bei den beteiligten Personen ein Verständnis für die historische Entwicklung, den aktuellen Stand und die Bemühungen um eine Gestaltung von heilpädagogischer Arbeit in der Zukunft in den jeweiligen Ländern zu ermöglichen. Das Glossar ist in allen vier Landessprachen verfasst. Bestellanschrift: BHP e.V., Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin, E-Mail: verlag@heilpaedagogik.de

Tagungskalender

27.-28.4.2006 Speyer. 3. Sozialrechtstagung. Information: Deutsche Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, Eichendorffstr. 4-6, 67346 Speyer, Tel.: 062 32/17-22 14, Fax: 062 32 17-28 44, E-Mail: presse@drv-rlp.de

5.-6.5.2006 Köln. Seminar: „Den Schweinen Flügel geben...“ Ein Seminar um, gegen, ohne Stress. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V., Zeltlinger Str. 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, Fax: 02 21/52 99 03, E-Mail: dgsp@netcologne.de

10.-12.5.2006 Frankfurt am Main. Seminar: Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe. Information: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Zeilweg 42, 60439 Frankfurt am Main, Tel.: 069/957 89-0, Fax: 060/957 89-190, E-Mail: info@iss-ffm.de

17.-19.5.2006 Berlin. Deutscher Pflegekongress 2006: Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit. Kongressbüro: Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit, Palisadenstr. 48, 10243 Berlin, Tel.: 030/49 85 50 31, Fax: 030/49 85 50 30, E-Mail: info@hauptstadtkongress.de

18.-19.5.2006 Berlin. Abschlussveranstaltung 100 Jahre AFET – 100 Jahre Erziehungshilfe: Zukunft in öffentlicher Verantwortung. Information: AFET, Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Ostertorstr. 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91-41, Fax: 05 11/35 39 91-50
E-Mail: rheinlaender@afet-ev.de

10.-11.6.2006 Mainz. 6. Fortbildungstage der GwG-Akademie: Kraft und Kreativität – Balance und Ausgleich im Personenzentrierten Ansatz. Anmeldung: GwG-Akademie für Aus-, Fort- und Weiterbildung, Melatengürtel 125a, 50825 Köln, Tel.: 02 21/92 59 08-50, Fax: 02 21/92 59 08-19
E-Mail: akademie@gwg-ev.org

19.-22.6.2006 Weingarten (Oberschwaben). Seminar für Führungskräfte: Veränderungsmanagement – Veränderungsprozesse erfolgreich moderieren! Anmeldung: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222, E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

22.-23.6.2006 Berlin. Fachtagung: Die Umsetzung des § 8a SGB VIII – Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, Fax: 030/39 00 11 46, E-Mail: agfj@vfk.de